Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 58. **für Anhalt und Thüringen.** Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Freiletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur i. V.: Fritz Müller, Halle a. S.

Dienstag, 4. Februar 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Vor 100 Jahren.

Tageschronik des Befreiungskrieges.

5. Februar 1813.

Der ostpreußische Landtag beschließt Rüstungen gegen Napoleon.

In Königsberg in Preußen traten an diesem Tage die Landstände von Ostpreußen, Litauen und einem Teil Westpreußens als Generallandtag zusammen, um über die „Mittel zur Verteidigung des Vaterlandes" zu beraten. Von allen preußischen Provinzen und deutschen Staaten hatte Ostpreußen seit den Unglücksjahren von 1806 und 1807 am meisten zu leiden gehabt. Monatelang hatte hier der Krieg getobt. Russen und Franzosen hatten das Land verwüstet und ausgepreßt. Die französischen Sieger waren im Lande geblieben. 1811 war Mißernte. Das Jahr 1812 brachte erst den Durchmarsch der „großen Armee" nach Rußland mit nicht endenden Erpressungen, und am Ende des Jahres die Rückflut der hungernden und bettelnden Reste dieser Armee. Dann kamen die nachrückenden Russen ins Land. Sie wurden als Befreier begrüßt. Denn nirgends war der Franzosenhaß nach der jahrelangen Ausplünderung größer als hier. General York, der mit den Russen auf eigene Verantwortung den Vertrag von Tauroggen geschlossen hatte, durch welchen aus Feinden Freunde wurden, war Anfang Januar mit seinen 20 000 Mann in Königsberg eingezogen und fand einen begeisterten Empfang.

Bald kam auch Freiherr vom Stein (der in den Jahren nach 1807 den preußischen Staat reformiert hatte und als von Napoleon Geächteter in die Dienste des russischen Kaisers Alexanders I. getreten war) aus dem russischen Hauptquartier nach Königsberg. Da offiziell noch der Kriegszustand zwischen Preußen und Rußland bestand und Ost- und Westpreußen von den Russen besetzt war, so war Stein vom russischen Kaiser bevollmächtigt, die Verwaltung der Provinzen in die Hand zu nehmen und den Rachekrieg gegen Napoleon einzuleiten. Bei den ostpreußischen Patrioten fand er die beste Stimmung hierfür, obgleich eigentlich nur der König von Preußen berechtigt war, den Landtag einzuberufen. Am 5. Februar traten die 55 Abgeordneten zusammen und beschlossen in den nächsten Tagen die Mobilisierung und unter neuen großen Opfern die Aufbringung der nötigen Mittel.

Der Krieg hat begonnen!

Eine direkte Bestätigung, daß nach Ablauf der viertägigen Frist am gestrigen Montag abend der Krieg zwischen der Türkei und den Balkanverbündeten begonnen habe, liegt bis zur frühen Morgenstunde zwar weder aus Sofia noch aus Konstantinopel vor, doch läßt sich die Wiener „Neue Fr. Pr." aus Sofia authentisch versichern, daß um 8 Uhr abends die Kanonade vor Adrianopel begonnen habe. Es heißt zwar, daß regierungsseitig diese Mitteilung bestätigt werde, doch fehlt noch die direkte Nachricht darüber. Die Entscheidung soll nun also doch nicht in den Delegierten- und Ministerstuben, sondern mit dem Schwerte in der Hand erfolgen. Das viel erwartete unverhoffte Ereignis, das hindernd dazwischentreten könnte, ist ausgeblieben. Die Bulgaren sind diesmal ihrem landläufigen Lieblingsausdruck nema smetka, das heißt: man kommt nicht auf seine Rechnung, doch nicht gefolgt. Sie wollen also doch wieder den Glanz des Draufgängers sich zulegen. Ob es dazu kommen wird? Angeblich soll es nur um Adrianopel gehen. Ob das möglich sein wird, oder ob die weiteren Ereignisse auch zu weiteren Maßnahmen drängen werden, das muß die nächste Zeit ergeben. Die Mächte werden nun die Entscheidung über den Kampf um Adrianopel abwarten und dann erst zu neuen Vermittelungen kommen.

Empörung der türkischen Armee?

Laut einer Konstantinopler Depesche der „Kölnischen Zeitung" ließ nach vertrauenswürdigen Mitteilungen Schukri Pascha, der Verteidiger Adrianopels, erklären, er werde nach Schluß des Krieges nach Konstantinopel kommen, um wegen der Ermordung Nasims abzurechnen. Auch Marschall Fuad Pascha erkundigte sich nach den Namen einer großen Anzahl von Offizieren, die wegen der Ermordung Nasims gestraft werden sollen. Weiterhin fordert die kurdische Kavallerie von Skutari und Selimieh die Hinrichtung der Mörder Nasims und weigert sich, die Befehle des Kriegsministers auszuführen, der sie auffordert, in ihre Heimatstädte zurückzukehren. Enver Bey, der sich ins Hauptquartier von Hademköj begeben hatte, um die Armee zu gewinnen, mußte zurückkehren, da man ihn gewaltsam hinderte, aus seinem Kraftwagen auszusteigen. Es gilt schon als zu spät, um eine Empörung innerhalb des Heeres noch zu dämpfen.

Die Botschafter-Reunion.

Die Botschafter hatten gestern 3½ Uhr nachmittags auf dem Auswärtigen Amt zu London eine Zusammenkunft mit Staatssekretär Grey, die nur eine halbe Stunde dauerte. Der einzige Grund für die kurze Dauer der Zusammenkunft war der, daß tatsächlich nichts zu erledigen war, und die Botschafter kamen zu dem Entschluß, daß es zwecklos sei, vor Donnerstag wieder zusammenzukommen, wenn nicht ein besonderer Anlaß vorliege.

Abkommen zwischen Serbien und Bulgarien.

Die serbische Zeitung „Argowinski Glasnik" erfährt, daß zwischen Serbien und Bulgarien ein neues Einvernehmen getroffen worden sei, wonach Bulgarien für die großen von der serbischen Armee im bulgarischen Interesse in Thrazien und vor Adrianopel gebrachten Opfer territoriale Kompensationen in Makedonien an Serbien erteilt habe.

Ein Sultan-Stellvertrter für Adrianopel?

Bulgarien hat sich, wie gut unterrichtete Kreise wissen wollen, auf die Vorstellungen der Großmächte hin bereit erklärt, einen Repräsentanten des Sultans in Adrianopel anzuerkennen. Dies soll aber erst geschehen, nachdem die Stadt den Verbündeten übergeben worden ist.

Was die Bulgaren fordern.

Der bulgarische Ministerpräsident Dr. Danew erklärte einem Redakteur des „Temps": Wenn die Türkei nach der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unsere Friedensbedingungen nicht sofort annehmen sollte, dann werden wir territoriale und finanzielle Nachtragsforderungen stellen. Wir werden einen Zugang zum Marmarameer verlangen und die von uns geforderte Kriegsentschädigung erhöhen. Im übrigen wird es, welche Anerbietungen die Türkei auch machen wird, keinen Waffenstillstand mehr geben. Wir haben bereits zwei Monate verloren; wir wollen das nicht von neuem anfangen. Wir werden unseren Armeen erst nach der Unterzeichnung des endgültigen Friedens Einhalt gebieten.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung" schreibt heute: Es wird vielfach die Meinung geäußert, daß Bulgarien durch die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nichts anderes bezwecke, als Adrianopel zu erobern und die militärischen Operationen Bulgariens einzig und allein dieses Ziel verfolgen. Dieser Meinung, welche sehr verbreitet ist, stehen aber gewichtige Erwägungen entgegen. Es dürfte sich, da sich die Bulgaren jetzt entschlossen haben, die Hilfe ihrer Bundesgenossen in Anspruch zu nehmen und die Feindseligkeiten wieder zu beginnen, darum handeln, Konstantinopel in Besitz zu nehmen. Es wird auch behauptet, daß die Berichte, die die bulgarische Regierung über die türkische Armee und Verhältnisse in Konstantinopel besitzt, derartig sind, daß die Möglichkeit der Eroberung Konstantinopels nicht überaus schwer erscheint.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 3. Februar 1913.

Am Regierungstische: v. Breitenbach, Dr. Sydow, Dr. Frhr. v. Schorlemer-Lieser.

Präsident **v. Bedel** eröffnete die Sitzung um 1¼ Uhr.

Zum Schriftführer an Stelle des zurückgetretenen Dr. v. Burgsdorff wurde durch Zuruf Graf Ballestrem gewählt.

Das Haus trat darauf in die Beratung des Entwurfs eines Wassergesetzes, auf Grund des vom Grafen v. Behr-Behrenhoff erstatteten schriftlichen Berichtes der 11. Kommission.

Es fand zunächst eine Generaldiskussion statt; der Präsident ersuchte die Redner, sich dabei nicht auf Einzelheiten einzulassen, da er sonst hindernd würde eingreifen müssen.

Referent **Graf v. Behr-Behrenhoff** gab darauf eine ausführliche Darlegung über die durch den Entwurf zu schaffende einheitliche Regelung des gesamten Wasserrechts und seine Rückwirkung vor allem auf die Landeskultur und auf die Landwirtschaft. Die Kommission hat eine Reihe von Resolutionen beschlossen. Unter anderem wird die Staatsregierung ersucht, im Bundesrate dahin zu wirken, daß auch in anderen Bundesstaaten entsprechende Maßnahmen zur Reinhaltung der Flüsse getroffen werden. Ferner werden für die Förderung der Wasserwirtschaft erhöhte Mittel gefordert.

In der allgemeinen Besprechung führte

Landwirtschaftsminister **Dr. Frhr. v. Schorlemer** aus: In dem bisherigen Rechtszustand auf wasserwirtschaftlichem Gebiet gibt es mehr als 70 Gesetze, die zum großen Teil veraltet sind. Deshalb erweist sich die Neuregelung dieser Materie als notwendig, da es zu einer reichsgesetzlichen Regelung nicht gekommen ist. Bei der Vorbereitung dieses Gesetzgebungswerkes sind die Vertreter von Landwirtschaft, Industrie und Handel gehört worden. Vom Abgeordnetenhaus ist die Vorlage sehr gründlich und eingehend beraten worden. Der Vorwurf, daß in die Rechte des Privateigentums zu weit eingegriffen sei, ist nicht begründet. Für das Herrenhaus würde es eine große Verantwortung sein, wenn durch seine Beschlußfassung ein Werk in Frage gestellt würde, das für die Wasserwirtschaft von größter Bedeutung ist.

Graf **Mirbach**: Im Osten werden durch den Gesetzentwurf vielfach die Verhältnisse des Privateigentums beeinträchtigt. Deshalb verlangen wir, daß der Schutz des Eigentums mehr gewahrt wird. Wir werden in Preußen jetzt so mit Gesetzen überlastet, daß ihre Ausführung, besonders für das platte Land schier unmöglich ist.

Oberbürgermeister **Dr. Johansen-Cresfeld**: Seit Jahren ist kein Gesetzentwurf von solcher Tragweite dem Landtage vorgelegt worden. Die Vorlage ist aber weit davon entfernt, unsere Wasserwirtschaft zu fördern. Deshalb sehen Landwirtschaft und Industrie dem Inkrafttreten des Gesetzes mit Besorgnis entgegen. Einen Nutzen von dem Gesetze werden gewiß die Rechtsanwälte haben; denn an Prozessen aus Anlaß des Gesetzes wird es nicht fehlen. (Heiterkeit.) Sollte das Gesetz fallen, werden wir ihm keine Träne nachweinen.

Dr. v. Dziembowski: Der Gesetzentwurf bringt erhebliche Eingriffe in das Privateigentum und besonders in die Fischereiverhältnisse. In dieser Hinsicht erwarten wir eine Änderung des Gesetzes.

Graf Droste zu Vischering: Wir werden den Entwurf ablehnen, wenn die Eigentumsverhältnisse am Wasser und die Entschädigungsfrage nicht nach unseren Wünschen geregelt werden.

Fürst zu Salm-Horstmar: Ein großer Teil meiner Freunde wird gegen die Vorlage stimmen, wenn unsere Bedenken rechtlicher und praktischer Natur nicht beseitigt werden.

Graf v. Zedlitz und Trützschler: Mit dem Gesetze wird ein wesentlicher Fortschritt gemacht. Ich kann nicht zugeben, daß durch das Gesetz privatrechtliche Ansprüche in unbilliger Weise eingeschränkt werden. Ich bitte dringend um Annahme des Entwurfes.

Graf zu Rantzau: Ich habe den Vorarbeiten dieses Gesetzes, bei denen ich als Vorsitzender der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer seit 7 Jahren mitzuwirken hatte, sehr skeptisch gegenübergestanden. Trotzdem bin ich dem Entwurf nicht abgeneigt, weil unser provinzielles Wasserrecht trotz seiner Vorzüge die Lücke aufweist, daß der Verunreinigung der Flußläufe damit nicht vorgebeugt werden konnte. Ich kann meine provinziellen Bedenken zurückstellen; zum Ausdruck bringen muß ich aber einige allgemeine Bedenken. Das erheblichste darunter ist der Gemeingebrauch, soweit er erhebliche Eingriffe in das Privateigentum enthält. Hier haben die Kommissionsbeschlüsse des anderen Hauses, die radikalen Beschlüsse, bei denen man kaum noch von Unverletzlichkeit des Eigentums reden kann, unsere Bedenken abgeschwächt. Das Gesetz kann und muß in dieser Fassung angenommen werden. Wir hoffen, für dieses wichtige Gesetz eine allgemein befriedigende Fassung zu finden.

Oberbürgermeister **Dr. Johansen-Cresfeld** betonte noch einmal seine Bedenken gegen das Gesetz.

Dr v. Boettinger: Obwohl die Industrie große und schwere Bedenken gegen das Gesetz erhebt, werde ich für das Gesetz stimmen, weil es in vieler Hinsicht Fortschritte bringt.

In der Spezialdebatte wurde zunächst § 1 zurückgestellt.

Die §§ 2 bis 21, Eigentumsverhältnisse bei den Wasserläufen, wurden unverändert angenommen.

Bei § 22, der der Wasserpolizei die Befugnis gibt, die Benutzung eines Wasserlaufes einzuschränken oder zu untersagen, soweit nicht ein Recht zur Benutzung besteht, wird ein Zusatzantrag: „aus Gründen des öffentlichen Wohles", abgelehnt.

§ 22 sowie eine Reihe weiterer Paragraphen wurden zum Teile unter Ablehnung von Abänderungsanträgen angenommen.

Darauf wurde auch der zurückgestellte § 1, der von den verschiedenen Arten der Wasserläufe handelt, angenommen und die Beratung bei § 183 abgebrochen.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 3. Februar 1913.

Am Regierungstische: Dr. v. Dallwitz.

Präsident **Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz** eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die allgemeine Besprechung des Etats des Ministeriums des Innern wurde bei den fortdauernden Ausgaben für das Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. **Frhr. v. Zedlitz** (Freikons.) In dem Verhalten des Kreisausschusses des Kreises Teltow bei Frage der Eingemeindung von Treptow ist eine Verletzung der Rechte und Interessen der Stadt Berlin nicht zu erkennen. (Zustimmung rechts.) Was die Frage der Wohnungspolizei anlangt, so trifft den Minister in dieser Sache kein Vorwurf. Was von den Eingemeindungen gilt, daß Berlin durch eigene Schuld den richtigen Zeitpunkt verpaßt hat, trifft auch jetzt zu. Der Abg. Hirsch hat die Gemeindeverfassungsgesetze als reformbedürftig bezeichnet, aber keine bestimmten Vorschläge gemacht. Auch ich halte sie für reformbedürftig, aber nach anderer Richtung. Es besteht die Gefahr, daß in einzelnen Landesteilen, wo das Dreiklassenwahlsystem für die Stadtvertretungen nicht besteht, die Sozialdemokraten die Oberherrschaft erlangen. Es wäre ernstlich zu erwägen, ob nicht auch in den Landesteilen, in denen die Gemeindeverfassung das Dreiklassenwahlsystem bisher nicht gehabt hat, nunmehr zu dem altpreußischen Wahlsystem überzugehen wäre. (Zustimmung rechts; Lachen links.) Daß bei den letzten Reichstagswahlen eine Reihe von Sozialdemokraten mit bürgerlicher Unterstützung gewählt worden sind, bedauern auch wir. Diese Wahlen sind zurückzuführen auf den tiefen Riß, der bei der Finanzreform sich zwischen den bürgerlichen Parteien aufgetan hat. Die Nationalliberalen tragen hier mit die Verantwortung. Was nun unsere Kritik an dem Verfahren des Reichstages uns gegenüber betrifft, so ist es verkehrt, anzunehmen, als ob diese unsere Kritik an den Reichstagsbeschlüssen aus Rücksicht auf unsere Polenpolitik unternommen worden ist. Nein, inbezug darauf ist der Reichstagsbeschluß genau so belanglos, als wenn der Reichstag beschlossen hätte, die Sonne solle nicht mehr scheinen (Große Heiterkeit und Unruhe); inbezug auf die Ausführung unserer Gesetze werden wir immer tun, was wir für recht halten. Mit der Polenpolitik ist die Regierung auf dem rechten Wege. Was wir an dem Reichstage auszusetzen haben, und wogegen wir Verwahrung einlegen müssen, ist, daß er sich mit der Einmischung in die polnische Enteignungsfrage eines schweren Übergriffs und eines schweren Eingriffs in die Befugnisse des preußischen Landtags schuldig gemacht hat. Dies zu erklären, ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, wir sind das dem Reichstage selbst schuldig. Daß ein gewaltiger sozialdemokratischer Terrorismus gegenüber der anderen Arbeiterschaft herrscht, ist zweifellos. Wir dürfen solche Verhetzungen unter den Arbeitern nicht dulden. (Sehr wahr!) Daß die Schärfe der strafgesetzlichen Bestimmungen gegen Beleidigungen notwendig ist, unterliegt keinem Zweifel. Neben der Koalitionsfreiheit haben wir auch die persönliche Freiheit der Arbeiter zu schützen. Ich bedauere, daß die nationalliberale Fraktion des Reichstags den konservativen Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens abgelehnt hat. Wir

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191302042-12/fragment/page=0001

halten an dem bewährten Grundgedanken unseres Wahlrechtes fest. Dem demokratischen Ansturm werden wir mit aller Kraft entgegentreten und die Eigenart des preußischen Staates erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gronowski (Zentr.): Das Enteignungsgesetz ist nichts weiter als eine Anleihe bei dem sozialdemokratischen Parteiprogramm. Die preußische Polenpolitik halten wir für durchaus verfehlt. Mit Ausnahmegesetzen gegenüber Polen wie Sozialdemokraten ist nichts zu erreichen. Jeden Mißbrauch des Streikpostenstehens und des Streikrechts verurteilen auch wir, aber Ausnahmegesetze helfen auch hier nicht. Es müßte eine Instanz geschaffen werden, um Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzubringen und Streitigkeiten zu schlichten. An einer gesunden Wahlreform in Preußen werden wir selbstverständlich mitarbeiten. Wir verlangen mehr Berücksichtigung der Katholiken bei Besetzung von amtlichen Stellen, ganz besonders der Landratsämter.

Abg. Hammer (Kons.): Einer weiteren Eingemeindung von Ortschaften in Berlin werden wir nicht zustimmen. In der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen hat Staatssekretär Delbrück einen Standpunkt eingenommen, der nicht zum Nutzen des gewerblichen Mittelstandes dient. Wir verlangen scharfe, gesetzliche Maßnahmen gegenüber dem sozialdemokratischen Terrorismus und Boykott und bedauern die ablehnende Haltung, welche Zentrum und Nationalliberale im Reichstage zu dem konservativen Antrage betreffend das Streikpostenstehen eingenommen haben. Der Mittelstand hat vom Reichstagswahlrecht nichts zu hoffen, seine ausschlaggebende Stellung findet er nur unter dem preußischen Wahlrecht, das deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben muß. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Seyda (Pole): Bei der Reichstagswahl und -Ersatzwahl in Schweß hat der deutsche Wahlausschuß unter Mitwirkung des Landrats sich unerlaubter Mittel zuungunsten der Polen bedient. Ebenso ist in den polnischen Landesteilen das Vereins- und Versammlungsrecht in zahlreichen Fällen gebeugt worden. Die Behauptung des Ministers, daß der polnische Boykott aus dem Jahre 1848 herrühre, ist unrichtig. Gerade damals kämpften die Polen Schulter an Schulter mit den loyalen Deutschen gegen die Revolution. Wenn wir jetzt Boykott betreiben, hat nur die preußische Regierung schuld daran mit ihrer Polenpolitik.

Minister Dr. v. Dallwitz: Die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl in Schweß sind ohne Wissen und ohne Mithilfe des Landrats vorgekommen. Wo Ungesetzlichkeiten zutage getreten sind, bin ich sofort eingeschritten. Mit den Einzelheiten der Wahl wird sich der Reichstag näher zu befassen haben. Meine frühere Behauptung, daß der polnische Boykott bereits aus dem Jahre 1848 datiert, muß ich aufrecht erhalten. Die Erregung in den polnischen Landesteilen über die Enteignung hätte bei der Annahme des Enteignungsgesetzes einsetzen müssen. Die jetzige Erregung ist künstlich gezüchtet. Wegen der Kinematographentheater kann ich mitteilen, daß im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf als Novelle zur Gewerbeordnung ausgearbeitet ist, wonach diese Theater der Konzessionspflicht unterworfen werden sollen (Beifall); ebenso ist ein Entwurf ausgearbeitet worden, der das Plakatwesen einer strengen Kontrolle unterwirft. Vor längerer Zeit ist eine Verfügung ergangen, daß diejenigen Films, die in Berlin die Zensur passiert haben, in der Provinz nicht nochmals der Zensur unterworfen zu werden brauchen. Jedoch ist immerhin die Möglichkeit gegeben, sie auch dort der Zensur zu unterwerfen. (Beifall.)

Abg. Dr. Schepp (Fortschr. Vpt.): Für Ausnahmegesetze sind wir nicht zu haben. Es ist ein ungeheurer Vorwurf, wenn der Minister die vorgestrigen Beschwerden des Abg. Wenke mit dem Bemerken abtun wollte, sie seien frei erfunden.

Minister Dr. v. Dallwitz: Ich habe nicht gesagt, daß die Beschwerden des Abg. Wenke erfunden seien, sondern daß sie vielleicht zu denjenigen gehören, die vor 1½ Jahren im Reichstag vorgebracht wurden und sich später bei amtlicher Nachprüfung als unrichtig herausgestellt haben.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Durch die Agitationsweise unserer Gegner sind wir groß geworden. Die Abhängigkeit der Reichsregierung von der preußischen Regierung ist in letzter Zeit besonders deutlich in die Erscheinung getreten. Im Reichstag machen die Sozialdemokraten jetzt $^{2}/_{7}$ der Mitglieder aus, hier im Abgeordnetenhause nur $^{1}/_{72}$. Sie halten das für richtig, aber in Preußen kann auf die Dauer nicht anders regiert werden, als im Reich. An ihren Früchten, meint der Minister, soll man die Parlamente erkennen, und er lobt die Leistungen des preußischen Abgeordnetenhauses. Ach, wenn doch dieses Lob einmal anders woher käme, als gerade hier aus dem Abgeordnetenhause selbst. Die Leistungen des Ministers des Innern und seines jungen Mannes im Reiche, des Staatssekretärs des Innern — (Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz erklärt, daß er diesen Ausdruck über einen Minister nicht zulassen könne.) Ich habe das Wort des Herrn v. Kardorff erwähnt. (Präsident: Herr v. Kardorff hat nur ein Zitat aus einer Zeitung gebraucht.) Dann zitiere ich auch dieses Wort. Ich erinnere daran, wie die Konservativen gegen die elsaß-lothringische Verfassung gehetzt haben. (Präsident: Sie dürfen nicht von Mitgliedern des Hauses sagen, daß sie gehetzt hätten.) Ich erinnere daran, wie eine Fronde von Herrn v. Heydebrand gegen den Reichstag und die Reichsregierung losgegangen ist. Mit geistigen Waffen vermögen die Junker die Sozialdemokratie nicht zu bekämpfen. Deshalb rufen sie nach dem Polizeiknüppel. (Lachen rechts.) Einen sozialdemokratischen Terrorismus gibt es nicht. (Erneutes Lachen rechts.) Für einzelne Ausschreitungen kann die Partei nicht verantwortlich gemacht werden. Um die Macht der Junker zu brechen, bedürfen wir eines freien Wahlrechts, und wir werden nicht ruhen, bis wir dieses Ziel erreicht haben. Die Sozialdemokratie ist stärker, als Sie denken, und Sie sind schwächer, als Sie denken.

Die Debatte wurde geschlossen und der Titel Ministergehalt bewilligt.

Es folgten verschiedene Bemerkungen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Freikons.): Die Rede des Abg. Dr. Liebknecht hat wohl bei allen Mitgliedern des Hauses den Eindruck erweckt, daß sie daran erinnert, daß wir morgen Fasching haben. (Heiterkeit.)

Abg. Strosser (Kons.): Der Abg. Dr. Liebknecht hat behauptet, daß ich in meiner Rede vom schwarz-weißen Adler gesprochen hätte. Mir ist nichts davon bekannt, daß es überhaupt einen schwarz-weißen Adler gibt, weder bildlich, noch in der Naturgeschichte. Ich habe dagegen von einer schwarz-weißen Fahne gesprochen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich nehme Akt davon, daß der Abg. Strosser nicht von einem schwarz-weißen Adler gesprochen hat, und von seiner Belehrung, daß der preußische Adler nicht schwarz-weiß, sondern ganz schwarz ist. (Heiterkeit.) Ich habe von der Rede des Abg. v. Zedlitz zuerst gesagt, daß sie an den bevorstehenden Fasching erinnert. Darauf ist er mit der Retourkutsche gekommen. Auf Fasching folgt aber Aschermittwoch. Den Katzenjammer werden Sie haben.

Vor Eintritt in die Beratung des Kapitels der Landratsämter vertagte das Haus die weitere Beratung des Etats des Ministeriums des Innern auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser besuchte gestern vormittag bei Gebr. Friedländer, Unter den Linden in Berlin, eine Ausstellung von Kadiner Gebrauchsgegenständen aus Majolika, die sämtlich mit Silber beschlagen sind. Man sieht Bowlen, Gemüse- und Salatschüsseln, Krüge, Kannen, Vasen, Rauchgeräte usw. Die in den Ton eingepreßten Muster sind zum Teil nach ausgegrabenen Antiken hergestellt. Die Zeichnungen zu den Silberbeschlägen sind zum Teil vom Kaiser selbst entworfen. Weiter besuchte der Kaiser den Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg und folgte dann einer Einladung zur Frühstückstafel bei dem sächsischen Gesandten Freiherrn von Salza und Lichtenau. Hier weilte der Kaiser in Gesellschaft des Königs von Sachsen bis gegen 4 Uhr und kehrte dann nach dem Königl. Schlosse zurück. Der König von Sachsen hat um 4½ Uhr die Rückreise nach Dresden angetreten.

* Für die Reisen des Kaisers im Frühjahr und Sommer sind vorläufig folgende Pläne in Aussicht genommen: Am 5. Februar trifft der Kaiser in Königsberg ein, um dort einer Festsitzung des Provinziallandtages, der Eröffnung der Jahrhundert-Ausstellung in der neuen Kriegsausstellungshalle und einem Festmahl in der Stadthalle beizuwohnen. Damit beginnen die großen diesjährigen offiziellen Jahrhundertfeiern. Auf der Rückreise wird der Kaiser in Posen erwartet. Die nächste Reise führt den Kaiser in der letzten Februarwoche nach Wilhelmshaven zur Vereidigung der Marinerekruten. Er wird zum ersten Male an Bord des Linienschiffes „Kaiser", seines neuen Wohnschiffes, Wohnung nehmen. Von Wilhelmshaven wird der Kaiser vermutlich den üblichen Ausflug nach Helgoland machen, die Rückfahrt dürfte über Bremen erfolgen, wo der Kaiser zu einer Besichtigung des Rathausneubaues erwartet wird. Als nächste Reise dürfte die Fahrt nach Korfu folgen. Es ist anzunehmen, daß der Kaiser wieder die Osterfeiertage auf seinem Sommersitz im Süden verbringen wird. Im Juni wird der Kaiser an der Jubelfeier des Klosters Loccum teilnehmen. Die Kieler Woche soll vom 24. Juni bis einschließlich zum 6. Juli dauern. Auf der Reise dorthin wird der Kaiser wie alljährlich dem deutschen Derby in Hamburg beiwohnen. An die Kieser Woche dürfte sich wieder die Nordlandreise anschließen. Im Oktober wird der Kaiser in Leipzig an den Festlichkeiten bei der Einweihung des Völkerschlacht-Denkmals teilnehmen.

* „Unbefugte Einmischung in badische Angelegenheiten". Die „Karlsruher Ztg." schreibt halbamtlich: Nach Zeitungsberichten hat der freikonservative Abgeordnete v. Kardorff am 31. Januar im preußischen Abgeordnetenhause geäußert, Baden habe sich mit seiner demokratischen Wahlreform auf eine schiefe Ebene begeben. Während die sozialdemokratischen Stimmen im ganzen Reiche seit 1903 um rund 50 Prozent gewachsen seien, seien sie in Baden um 65 Prozent gewachsen. Dazu komme, daß der Sozialdemokratie in Baden vom badischen Minister Lorbeerkränze gebunden würden. Eine derartige, den Tatsachen widersprechende Aeußerung müsse als unbefugte Einmischung in badische Angelegenheiten zurückgewiesen werden.

* Das Wohlwollen des Reichstags für die Postbeamten. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat bei der Beratung des Posthaushalts bekanntlich für die Postbeamten eine Reihe von Zulagen bewilligt, so für das älteste Drittel einiger mittlerer Beamtenkategorien eine Zulage von je 300 Mark und für die Unterbeamten eine Zulage von 100 Mark, insgesamt wurden dem Posthaushalt auf Grund dieser Beschlüsse hinzugesetzt 16 142 600 Mark. Abgesetzt wurden von dem Ausschusse im Postetat 2 900 000 Mark, darunter 1 100 000 Mark für die Ostmarkenzulage.

* Das Enteignungsgesetz marschiert trotz des Mißtrauensvotums des Reichstages natürlich weiter. Im preußischen Ministerium liegen zurzeit vier neue Anträge auf Enteignung polnischer Rittergüter vor.

* Noch ein ungültiges Reichstagsmandat? Die Wahlprüfungskommission hat bekanntlich die Wahlen der Reichstagsabgeordneten Haupt in Jerichow, Dr. Becker für Alzey-Bingen und Kölsch für Offenburg für ungültig erklärt. Die Entscheidung des Plenums des Reichstags steht noch aus, muß aber demnächst fallen. Inzwischen hat die Prüfung der Reichstagswahl für Borna-Pegau in der Kommission ergeben, daß wahrscheinlich auch das Mandat des freikonservativen Abgeordneten v. Liebert für ungültig erklärt werden muß. Generalleutnant v. Liebert ist in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie nur mit 11 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt worden.

* Der Konflikt mit Liberia ist ausgeglichen. Die „Köln. Ztg." meldet aus Monrovia: Am Geburtstage des deutschen Kaisers machten der Präsident und der Staatssekretär der Republik Liberia einen Besuch an Bord des „Panther". Darauf nahmen der Präsident und die Minister von Liberia an einem Festmahl bei dem deutschen Konsul teil. Die guten Beziehungen zwischen der Regierung und dem deutschen Kriegsschiffe sind wiederhergestellt. Der Kommandant des „Panther" erhielt einen liberischen Orden.

Ausland.

Für die österreichische Marine.

Für die Kriegsmarine ist, wie die „Militärische Rundschau" meldet, kürzlich ein Schwimmdock von 40 000 Tonnen Hebekraft bei Blohm und Voß in Hamburg in Bestellung gegeben worden. 5 Unterseeboote wurden der Germaniawerft (Friedrich Krupp Akt.-Ges. in Kiel) in Auftrag gegeben.

Vorhaben der Spanier in Marokko.

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die spanische Regierung Vertreter ernannt, welche mit den Vertretern Frankreichs das Eisenbahnprojekt Fes—Tanger studieren und außerdem die Grundlage für die Abgrenzung und Ausbeutung der Bergwerke in Marokko feststellen sollen.

Ein sozialdemokratischer Landtagspräsident.

Zum Präsidenten des finnischen Landtages wurde mit 80 Stimmen der Sozialdemokrat Tokoi gewählt. Der frühere Präsident Svinhufvud erhielt 68 Stimmen.

Der Sultan von Abessinien gestorben?

Sultan Menelik II. von Abessinien ist, wie ein aus Adis Abeba in London eingelaufenes Telegramm besagt, gestorben. Da Menelik II. schon häufig totgesagt worden ist und eine offizielle Bestätigung nicht vorliegt, so ist die Nachricht mit großer Reserve aufzunehmen. Der 1867 geborene Sohn des Sultans, Lidsch Jassu, der 1908 zum Thronfolger ernannt wurde, soll zum Sultan bereits proklamiert worden sein.

Die Luftschiffahrt.

Drei neue Luftschiffhallen?

Nach einer Zeitungsmeldung wird die zu erwartende Heeresvorlage Staatsmittel für drei weitere Luftschiffhallen fordern.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Das liberale Wahlabkommen.

Der am Sonntag in Weißenfels abgehaltene Bezirksverband Halle der fortschrittlichen Volkspartei beschloß für die sieben Wahlkreise Halle, Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Torgau, Bitterfeld, Wittenberg zur Landtagswahl ein Abkommen mit den Nationalliberalen, wonach jedesmal ein nationalliberaler und ein freisinniger Kandidat aufgestellt werden. Mit Rücksicht darauf, daß wegen der Haltung des Zentrums zur Wehrvorlage die Reichstagsauflösung nicht unwahrscheinlich ist, soll ein schleuniger Ausbau der Organisationen betrieben werden.

— Naumburg, 3. Febr. (Der konservative Kreisverein) des Kreises Naumburg wird am Dienstag, dem 13. Februar, abends 8 Uhr im großen Saale des hiesigen „Katzkellers" eine Versammlung abhalten, in welcher der konservative Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Landrat a. D., Generaldirektor der Landfeuersozietät zu Merseburg, Winckler, über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses und die politische Lage sprechen wird.

— Dessau, 3. Febr. (Großfeuer.) Gestern abend gegen 9 Uhr entstand in der Golzschen Maschinenfabrik in der Heidestraße ein Großfeuer, das in kurzer Zeit die ausgedehnten Räume, in der sich die Schlosser- und Dreherwerkstätten befinden, bis auf die Umfassungsmauern einäscherte. Durch den Brand wurden einige hundert Arbeiter brotlos.

w. Zeulenroda, 3. Febr. (Großfeuer.) In der vergangenen Nacht sind in Löhma durch ein Großfeuer vier Bauerngüter und von zwei weiteren Gütern die Scheunen eingeäschert worden. Der Schaden ist bedeutend, jedoch durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

Aus Nah und Fern.

Der Kölner Rosenmontag. Trotz der unfreundlichen Witterung führten Montag vormittag 38 Sonderzüge einen großen Menschenzufluß, namentlich aus dem Wuppertal nach Köln zur Besichtigung des diesjährigen besonders glanzvoll inszenierten Rosenmontagzuges, der mittags die Straßen der Altstadt durchzog und durch die Pracht und humorvolle Ausgestaltung der Wagen, nicht minder aber durch prächtige Gruppen zu Fuß und Pferde berechtigtes Aufsehen erregte. Der Zug, dem das Motto „Sang und Klang im Karneval" zugrunde gelegt ist, umfaßte 74 Zugnummern, unter denen zehn Gesangvereine figurierten, die in dem farbenprächtigen Bild durch ihre Gesänge zum ersten Male eine vielbemerkte Abwechslung schufen. Der Autor des diesjährigen Maskenzuges, der um das volkstümliche Fest hochverdiente Präsident des Kölner Festkomitees, Josef Wingender, wurde von der Bürgerschaft lebhaft akklamiert.

Gewaltige Explosion. In Seebach bei Zürich erfolgte gestern nachmittag in der Fabrik der elektrothermischen Werke A.-G. eine gewaltige Explosion. Während der Fabrikdirektor Kühne damit beschäftigt war, einen Versuch mittels Wasserstoffgases vorzunehmen, explodierte der Rezipient. Kühne war sofort tot. Das Fabrikgebäude wurde durch den Brand völlig zerstört. Der Schadenschaden wird auf 100 000 Francs geschätzt.

Flucht eines Defraudanten. Nach Unterschlagung von 30 000 Mk. ist der Buchhalter Witzmann bei der Firma Utzschneider u. Comp. in Saargemünd flüchtig.

Geheimnisvolles Verschwinden dreier Schwestern. Auf der Fahrt von Java nach Singapore sind am 5. Januar drei deutsche Damen, die Geschwister Dieterich, auf dem holländischen Dampfer „Van Noort" spurlos verschwunden. Auf dem Kabinentisch fand man eine Flasche Chloroform und einen deutschen Brief an den Kapitän, in dem die Damen ihm das Gepäck vermachten. Man nimmt an, daß sie in selbstmörderischer Absicht durch das Kajütenfenster ins Meer gesprungen sind. In Batavia wird eine Untersuchung eingeleitet werden.

Der Postdampfer „Adour" der Schiffahrtsgesellschaft Messageries Maritimes, welcher am 30. Januar bei St. Suzanne an der Küste der Insel Réunion scheiterte, wird als verloren angesehen. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Unglückschronik vom Karneval. Das Opfer eines rohen Karnevalscherzes wurde ein unbekannter Mann, den die Trierer Polizei in der vergangenen Nacht auf der Straße auffand. Man hatte ihn fest ganz ausgezogen und sein Hemd mit solcher Gewalt um den Hals geschlungen, daß er unter den Händen der Schutzleute starb. Polizeihunde suchten vergebens die Spur des Täters.

Verzweifelter Selbstmordversuch. Verzweifelte Selbstmordversuche unternahm der Ohrenarzt Dr. Heinrich Schäfer in Neustadt an der Haardt in nervöser Ueberreizung. Er schoß sich mit seinem Jagdgewehr in die Brust und versuchte sich darauf mit seinem Jagdmesser zu entleiben. Seit der Duellforderung, welche ihm der Landtagsabgeordnete und Bergwerksbesitzer Abresch in letzten Landtagswahlkampf zugehen ließ, hat Dr. Schäfer öfters von sich reden gemacht.

Kongresse und Ausstellungen.

w. Leipzig, 3. Febr. (Tagung.) Der Verein deutscher Emaillierwerke hat beschlossen, seine diesjährige Tagung im Rahmen der Internationalen Baufachausstellung Leipzig 1913 abzuhalten.

Wissenschaft, Kunst, Theater und Musik.

— Dr. de Laval †. Der bekannte schwedische Erfinder Ingenieur Dr. Gustav de Laval ist Sonntag abend im 68. Lebensjahr in Stockholm gestorben. Der Verstorbene hat seinen Namen besonders durch seine epochemachende Erfindung der kontinuierlichen Zentrifuge in der ganzen Welt bekanntgemacht.

Gerichtssaal.

— Ein Todesurteil bestätigt. Das Reichsgericht zu Leipzig verwarf die Revision der Arbeiter Julius Peter Steffensen und Franz Wiskow, die am 6. Dezember vom Schwurgericht Kiel, ersterer wegen Diebstahls, Körperverletzung und Mordes zum Tode, einem Jahr Gefängnis und dauernden Ehrverlust, letzterer wegen Diebstahls und Totschlages zu 10 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden sind. Die Tat wurde in der Nacht zum 23. September 1912 zwischen Krummwisch und Klein-Königsförde begangen, und zwar wurde getötet der Arbeiter Franz Grundel und bestohlen der Schuhmacher Wilhelmsen. Die übrigen, in der gleichen Angelegenheit vom Schwurgericht Kiel Verurteilten hatten keine Revision eingelegt.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

Halle, 3. Februar 1913.

Vorsitzender: Stellvertretender Vorsteher Justizrat Dr. Führing.

Dem Petitionsausschuß wird eine Eingabe des 2. Kommunalen Bezirksvereins überwiesen, in der um Anbringung einer Normaluhr auf dem Riebeckplatz gebeten wird. — Zur Kenntnis gebracht wird ein Schreiben des Vorstandes der Kaufmännischen Ortskrankenkasse, in dem mitgeteilt wird, daß die Eingabe des Vorstandes des Krankenkassenverbandes unterschriftlich vollzogen worden sei. Die dem Vorsteher

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191302042-12/fragment/page=0002

der Versammlung zugegangene Eingabe trägt eine solche Unterschrift nicht, was nach Erklärung des Vorstehers auf einem Versehen beruhen kann. — Dem Bauausschuß überwiesen wird eine Eingabe von hiesigen Geschäftsleuten, die um Aufhebung oder Einschränkung der Polizeiverordnung über die Anbringung von Reklameschildern ersuchen.

Hierauf tritt die Versammlung in die Beratung der Tagesordnung ein.

1. Dampfheizung in der Feuerwehr-Hauptwache. Infolge Einstellung eines Benzinauto-Krankenwagens im Gebäude der Hauptfeuerwache und der demnächstigen Anschaffung eines zweiten Krankenwagens ist es notwendig, die zur Unterbringung der Fahrzeuge erforderlichen Räume zu beheizen. Nun jedoch die einzubauende Heizungsanlage vollständig ausgenutzen, empfiehlt es sich, nicht nur die beiden Autoschuppen, sondern auch noch einen Schlafraum für Mannschaften im Erdgeschoß und das Telegraphenzimmer im 1. Obergeschoß an die Heizung anzuschließen. Die Versammlung genehmigt diese Anlage und bewilligt die veranschlagten 2400 Mk. aus Kapitel XX 11. — Berichterstatter Stadtvo. Grempler und Pfautsch.

2. Beschaffung eines Küchenherdes für das Ratskeller-Restaurant. Die Versammlung stimmt zu, daß die erforderlichen Mittel in Höhe von 1200 Mk. dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen werden. — Berichterstatter Stadtvo. Renner und Gradebhand.

3. Baufluchtlinie Martinstraße und Töpferplan. Von dem zwischen Martinstraße, Martinsberg und Töpferplan belegenen Baublock springen die Grundstücke Martinstraße Nr. 1 und Töpferplan Nr. 7 über die Flucht der angrenzenden Gebäude hinaus in die Straße vor. Baufluchtlinien bestehen für die Grundstücke noch nicht. Der Magistrat bringt daher die Festsetzung von Fluchtlinien in Vorschlag und die Stadtverordneten stimmen zu. — Berichterstatter Stadtvo. Giese und Gradebhand.

4. Unterstützung für den deutschen Mädchenschulverein. Die Versammlung bewilligte 1500 Mk. zu einer Schauspielvorstellung im Stadttheater für die Teilnehmer an der 23. Hauptversammlung des Allgemeinen deutschen Mädchenschulvereins Ostern 1913 in Halle (Saale) aus Kap. XX 11. Die bei dieser Theatervorstellung von den Besuchern der 23. Hauptversammlung und den Mitgliedern der beiden städtischen Körperschaften sowie des Kuratoriums der höheren Mädchenschule nicht besetzten Plätze sollen den Schülerinnen in den oberen Klassen der hiesigen höheren Mädchenschulen kostenfrei überlassen werden. — Berichterstatter Stadtvo. Dehne und Pfautsch.

5. Wiederholungskurse für Hebammen. Von amtsärztlichen Wegen ist für erforderlich erachtet worden, die praktizierenden Hebammen von Zeit zu Zeit zu dreizehntägigen Wiederholungskursen in der hiesigen Frauenklinik heranzuziehen. Da diese Kurse die Beteiligten von der Ausübung ihres Gewerbes abhalten, zugleich aber Verpflegungskosten in der Klinik verursachen, hat die betreffende Auflage teilweise Widerstand gefunden. Auch ist ihre zwangsweise Durchführung dadurch ausgeschlossen worden, daß die eine solche Teilnahme vorschreibende Bezirks-Polizeiverordnung vom Kammergericht für ungültig erklärt worden ist. Unter diesen Umständen erübrigt nur — wenn man überhaupt der Stadtgemeinde einen wohlgeschulten, sich fortbildenden Hebammenstand aus allgemeinen Wohlfahrtsgründen erhalten will — die Kosten des betreffenden Kursus nach der bereits in den Landkreisen geübten Praxis auf Stadtmittel zu übernehmen. Sie betragen nach der Berechnung des Kreisarztes, da er jährlich nur sechs Hebammen zu dem Kursus veranlassen will, zusammen 570 Mk. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. — Berichterstatter Stadtv. Brehmer.

6. Beschaffung einer Autokehrmaschine. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß anstelle der im Haushaltsplan für 1913 bei Kap. XIV C3 vorgesehenen beiden Kehrmaschinen für Pferdebespannung eine Autokehrmaschine „Enntee" für 9250 Mk. beschafft wird. — Berichterstatter Stadtv. Döhler. Von mehreren Seiten wird gewünscht, daß die Maschine zunächst auf Probe beschafft wird.

7. Gehaltsregulierung für Lehrerinnen. Durch Gemeindebeschluß ist das Diensteinkommen der Schulvorsteherin und der Lehrerinnen an der hiesigen staatlich-städtischen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen mit Wirkung vom 1. April 1912 wie folgt festgesetzt worden: a) Lehrerinnen: Anfangsgehalt einschl. Wohnungsgeld 1900 Mk., 6 Zulagen à 200 Mk. von 3 zu 3 Jahren, Endgehalt 3100 Mk.; b) Schulvorsteherin: dieselben Gehaltssätze wie die Lehrerinnen, danaben eine Amtszulage von 900 Mk.; c) Hilfslehrerinnen: 1400 Mk. im ersten und zweiten Dienstjahre (wie bisher), 1500 Mk. im dritten Dienstjahre und 1600 Mk. vom vierten Dienstjahre ab. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat diesen Vorschlägen mit folgenden Aenderungen zugestimmt: 1. Das Höchstgehalt der Lehrerinnen zuzüglich der Mietsentschädigung soll den Betrag von 3000 Mk. nicht überschreiten. 2. Der Bestimmung über die pensionsfähige Zulage der Schulvorsteherin ist folgende Fassung zu geben: Die Amtszulage der Schulvorsteherin beträgt: bei 1—2 Lehrkräften 300 Mk., bei 3—5 Lehrkräften 600 Mk., bei 6 und mehr Lehrkräften 900 Mk. 3. Die Vergütung der vollbeschäftigten Hilfslehrerinnen soll im ersten Dienstjahre 1300 Mk., im zweiten Dienstjahre 1450 Mk., vom dritten Dienstjahre ab 1600 Mk. betragen. Hiernach wird das Höchsteinkommen der Schulvorsteherin und der fest angestellten Lehrerinnen um je 10 Mk. gekürzt. Dagegen tritt bei den Hilfslehrerinnen im zweiten und dritten Dienstjahre eine geringe Erhöhung der von den städtischen Körperschaften beschlossenen Sätze ein, was für das laufende Etatsjahr eine Mehrausgabe von 150 Mk. bedingt. Versammlung beschließt, den Forderungen des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe zu entsprechen und in Abänderung des Beschlusses vom 7. März 1912 dem § 7 des Vertrages zwischen der Königlichen Staatsregierung und der Stadt Halle betreffend die gemeinsame Unterhaltung der staatlich-städtischen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen vom 16. Juli 1906 die hierdurch bedingte Fassung zu geben. Die entstehende Mehrausgabe von 150 Mk. soll dem Verfügungsfonds der städtischen Körperschaften entnommen werden. — Berichterstatter Stadtv. Meyer I.

8. Berrechnung von Umzugskosten. Versammlung stimmt zu, daß die zu zahlenden Umzugskosten-Entschädigungen fortan, soweit sie dem Hauptetat zur Last fallen, dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds der beiden städtischen Körperschaften und, soweit sie aus Mitteln der Betriebswerke zu decken sind, den daselbst zu erwartenden Ueberschüssen ohne weiteres entnommen werden. — Berichterstatter Stadtv. Brehmer.

9. Tarif für Hospital-Kaufstellen. Die Festsetzung des Einkaufsgeldes bei Verleihung von Hospitalkaufstellen erfolgt bisher durch beide städtische Körperschaften in jedem einzelnen Falle. Zur Verminderung des Schreibwerks und Beschleunigung des Geschäftsganges ist die Versammlung damit einverstanden, daß der jetzt bestehende Tarif über Erhebung von Einkaufsgeld nach dem Zinsfuße von 4 Prozent auf 5 Jahre vom 1. April 1913 ab allgemein festgesetzt wird. — Berichterstatter Stadtv. Pfautsch.

10. Festsetzung des Stadthaushaltsplanes für 1913 und zwar: Kap. X B. Oberrealschule. Einnahmen 91 000 Mk., dauernde Ausgaben 227 625 Mk., einmalige Ausgaben 2800 Mk., mithin Zuschuß 139 485 Mk. Wird angenommen. — Berichterstatter Stadtvo. Sanitätsrat Dr. Herzau und Schulze. — Hierbei bemerkt Stadtv. Döhler, ihm sei von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden, daß Direktor Schotten im mathematischen Unterricht nicht die Unterrichtsstunden voll lehre, so daß der Zweck des Unterrichts nicht erreicht werde. Schulrat Brendel sagt zu, daß er diese Angelegenheit im Schulkuratorium zur Sprache bringen werde.

Kap. X D. Lyzeum. Einnahmen 102 040 Mk., Ausgaben 184 010 Mk., einmalige Ausgaben 5190 Mk., Zuschuß 87 160 Mk. Wird genehmigt. — Berichterstatter Stadtvo. Dr. Herzau und Schulze.

Kap. X E. Frauenschule. Einnahmen 11 800 Mk., Ausgaben 16 720 Mk., Zuschuß 4920 Mk. Versammlung stimmt zu. — Berichterstatter Stadtv. Borges.

Kap. X H. Katholische Volksschule. Einnahmen 20 260 Mk., dauernde Ausgaben 92 500 Mk., einmalige Ausgaben 570 Mk., Gesamtzuschuß 72 810 Mk. Wird genehmigt. — Berichterstatter Stadtv. Meyer I.

Kap. X J. Hilfsschule. Einnahmen 16 470 Mark, dauernde Ausgaben 87 240 Mk., einmalige Ausgaben 1781 Mk., Gesamtzuschuß 72 551 Mk. Versammlung erklärt sich damit einverstanden. — Berichterstatter Stadtv. Meyer I.

Kap. X K. Allgemeine Schulsachen. Einnahmen 10 Mk., Ausgaben 73 980 Mk., Zuschuß 73 970 Mk. — Berichterstatter Stadtv. Meyer I.

Kap. X P. Stadttheater. Einnahmen 42 050 Mk., dauernde Ausgaben sind vorgesehen 77 970 Mk., einmalige Ausgaben 2700 Mk., so daß ein Gesamtzuschuß von 38 620 Mk. zu leisten wäre. — Stadtv. Osterburg beantragt hierbei, die Zahl der Volksvorstellungen von 12 auf 16 zu erhöhen. Leider waren auch die Preise zu hoch. — Stadtv. Borges bemerkt, daß die Zahl der Volksvorstellungen vom Direktor über seinen Vertrag hinaus bereits um 5 erhöht worden sei, die Versammlung selbst habe hierauf keinen Einfluß. Die Preise könnten nicht noch unter 25 Pf. herabgesetzt werden, wie sie jetzt für die billigsten Plätze festgesetzt seien. Eine schlechte Bezahlung der Arbeiter, wie sie Stadtv. Osterburg behauptete, finde nicht statt. Stadtv. Osterburg zieht seinen Antrag zurück. Der Etat wird genehmigt. — Berichterstatter Stadtv. Dehne.

Kap. XI. Armenwesen. Einnahmen 179 220 Mk., dauernde Ausgaben 980 270 Mk., einmalige Ausgaben 1300 Mk., Gesamtzuschuß 802 350 Mk. — Berichterstatter Stadtv. Springer.

Kap. XIII. Bauwesen. Einnahmen 488 600 Mk., dauernde Ausgaben 695 088 Mk., einmalige Ausgaben 212 300 Mk., Gesamtzuschuß 418 788 Mk. Findet die Zustimmung der Versammlung. — Berichterstatter Stadtvo. Boecke, von dessen Ausführungen freilich am Berichterstattertisch kein Wort zu verstehen war, und Gradebhand.

Kap. XIV. Straßenreinigung. Einnahmen 55 046 Mark, dauernde Ausgaben 320 734 Mk., einmalige Ausgaben 5900 Mk., Gesamtzuschuß 271 588 Mk. Wird genehmigt. — Berichterstatter Stadtv. Döhler.

Hierauf Schluß der Sitzung.

Letzte Telegramme.

Keine Amtsmüdigkeit des preußischen Kriegsministers.

Berlin, 4. Febr. Die „Morgenpost" hatte auf Grund einer Mitteilung der „Mil.-Pol. Korr." den Kriegsminister von Heeringen für amtsmüde erklärt. Generalleutnant von Wachs schreibt der „Morgenpost", daß die genannte Korrespondenz seit Jahren nicht offiziös gepeist werde. Damit fallen auch, so heißt es in der Zuschrift, die von der genannten Korrespondenz gebrachten Mitteilungen über die Amtsmüdigkeit des Kriegsministers als haltlos in sich zusammen.

Durch elektrischen Schlag getötet.

Göttingen, 4. Febr. Ein Automobil fuhr gegen ein über die Straße gezogenes Kabel der elektrischen Lichtleitung. Dadurch erhielt ein im Wagen sitzender Oberingenieur einen elektrischen Schlag und wurde sofort getötet. Der Chauffeur wurde verletzt und der Wagen erheblich beschädigt.

Im Verfolgungswahn.

Mülheim (Ruhr), 4. Febr. Der staatliche Beamte Nitsch, der widerrechtlich in ein Haus gedrungen war und sich dort in einem Zimmer verbarrikadiert hatte, erschoß einen Mann, der ihn entfernen wollte, mit einem mitgebrachten Militärgewehr und verwundete eine andere Person schwer durch Kolbenschläge.

Börsen- und Handelsteil.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) Berlin, 3. Febr.

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	195—199
Mai	—
Juli	—
Oktober	—
Dezember	—
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	169
Mai	—
Septbr.	—
Oktober	—
Dezember	—
Gerste (per 1000 kg)	
Futterg., leichte inl.	161—181
do. schwere	161—181
Wintergerste, inländ.	—
russ. u. Donau leichte	162—167
do. schwere	—
Hafer (Normalgew 450 g):	
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	186—204
do. mittel do.	170—185
do. gering do.	—
mit Geruch	—

Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Amerik. mig.	160—163
runder	153—156
tütk. mixed	—
weißer Natal	—
Erbsen (per 1000 kg):	
Inl. u. russ. Futtervare	
mittel	172—182
feine Taubenerbsen	183—195
Viktoriaerbsen	—
Kleine Kocherbsen	—
Weizenmehl (per 100 kg):	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	24.25—28.00
Roggenmehl (per 100 kg):	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	21.00—23.50
Weizenkleie:	
grobe und feine	11.30—11.80
Roggenkleie	11.50—12.00
Seradella	—
Lupinen, gelbe	—
blaue	—

*) ab Bahn u. frei Wagen. **) märk., meckleng., pomm., pos., schles.

Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	193—198
abfallender	—
Mai	209¼—209½
Juli	210½
Sept.	—
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	168½—169
feiner	—
Mai	175¼—174½—174¾
Juli	175¼—175
Sept.	—
Mais (ohne Ang. d. Prov.):	
amerikan. mixed	159—162
runder	152-154 (ab Bahn u. Kahn)
Mai	—
Dezbr.	—

Hafer (Normalgew. 450 g):	
inländ. fein	182—200
mittel	167-181, gering —
Mai	173½
Juli	175
Sept.	—
Weizenmehl (per 100 kg):	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher (feinste Marken über Notiz)	24.25—28.00
Roggenmehl (per 100 kg):	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	20.90—23.40
Mai	21.60, Dez. —.—
Rüböl (per 100 kg in Faß):	
Febr.	66.00—66.30 G.
Mai	63.50 Br.
Novbr.	—.—

L. Hamburg, 3. Februar. Tägliche ausländische Offerten in Mark für 1000 kg einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats **Weizen:** Hardwinter II Februar 225 ℳ, Northern I Duluth Jan./Febr. 227½ ℳ, Walla-Walla Nov./Dez. 227½ ℳ, Manitoba I Jan./Febr. 230½ ℳ, II 226 ℳ, III 223 ℳ, Arg.-Bar. 78 kg Jan./Febr. 219 ℳ, Rosafé 78/79 kg Jan./Febr. 221½ ℳ, Ulta 9 Pud 25 Jan./Febr. 220 ℳ, Nordr. Jan./Febr. 76/77 kg 228 ℳ, 77/78 kg 229 ℳ, Austral. Jan./Febr. 230½ ℳ — **Roggen:** Südruff. 9 Pud 10/15 Jan./Febr. 184½ ℳ — **Futtergerste:** Südruff. 58/59 kg schwim. 153—159 ℳ, Jan. 153½ ℳ, Febr. 151½ ℳ, März 150½ ℳ, April-Juni 147½ ℳ, Amerik. schw. 147—151 ℳ, Jan. 145 ℳ, Febr. 143½ ℳ, März 142 ℳ — **Hafer:** Nordruff. 50/51 kg Jan. 179 ℳ, Jan.-April 181 ℳ, Clipped 38 Pfund loko 174 ℳ, La Plata 46/47 kg Jan./Febr. 165 ℳ — **Mais:** La Plata April/Mai 145 ℳ, Mai-Juni 144 ℳ, Mixed Jan. 140½ ℳ, Febr./März 140 ℳ

L. Weltmarkt. Berlin, 3. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen** Berlin 755 gr. Mai 209,50, Juli 210,50. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 171,15, Mai 153,60. Chicago Northern I Spring, Mai 144,40, Juli 140,90. Liverpool Red Winter Nr. 2 März 167,45. Paris Lieferungsware Febr. —.—. Budapest Lieferungsware April 198,10. Odessa Ulta $^{9}30/_{10}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 157,50. Buenos-Aires Lieferungsware Febr. 140,60. **Roggen:** Berlin 712 gr. Mai 174,75 Juli 175,00. Odessa $^{9}10/_{10}$ einschl. Bordospesen loko 122,05. **Hafer:** Berlin 450 gr. Mai 173,50, Juli 175,00. **Mais:** Berlin Lieferungsware Mai —.—, Chicago Lieferungsware Mai 86,35. Buenos-Aires Lieferungsware Mai 93,45.

Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 3. Februar von der Preisberichtstelle des D. L.-R. — Für Eßkartoffeln ist bezahlt worden in Mk. für 50 kg. Berlin: Rote Daber 3,10—3,30; Andere rote Sorten 2,05—2,20; Magnum bonum 2,15—2,30; Weiße runde 2,10—2,20.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Küstern Stärke frei Station, in Mk. für 50 kg. Die Fabriken sind alphabetisch geordnet. Flocken: Mügeln-Leipzig Stat. Mügeln b. Oschatz 8,30 (bez.). Osterburg (Altmark) Stat. Osterburg 7,70 (bez.). D. L.-R.

— Magdeburg, 3. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse 28,00—28,50 Mk. Tendenz: fest.

— Berlin, 3. Februar. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Februar-März prima 27,50 Mk., feuchte Stärke 13,90 Mk.

Spiritus.

— Hamburg, 3. Februar. Spiritus ruhig, Februar 31 G., Februar-März 31 G., März-April 31 G.

Oele und Oelfrüchte.

— Hamburg, 3. Februar. Rüböl ruhig, loko verzollt 67,00.

— Amsterdam, 3. Februar. Leinöl fest, loko 27¼, März — März-April 26⅝, Mai-August 26, September-Dezember 25⅝.

Zucker.

W. Hamburg, 3. Februar. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Februar 9,67½, per März 9,80, per April 9,90 per Mai 10,02½, per August 10,30, per Oktbr.-Dezbr. 10,07½ Tendenz: still.

W. London, 3. Februar. Rüben-Rohzucker 88% Februar 9 sh. 7 d. Wert, ruhig. Javazucker 96% prompt 10 sh. 9 d. Verkäufer, stetig.

Kaffee.

— Hamburg, 3. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 67 G., Mai 67¾ G., September 67¾ G., Dezember 67½ G. Tendenz: ruhig.

— Amsterdam, 3. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 54.

— Havre, 3. Februar. Kaffee. Good average Santos März 82½, Mai 82¾, September 83¼, Dezember 82¾. Tendenz: stetig.

W. Rio de Janeiro, 1. Februar. Kaffee. Zufuhren 8000 Sack in Rio, 14 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 3. Februar. Baumwolle, still. Upland middling loko 63,75 Pf.

— Antwerpen, 3. Februar. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Februar 6,00, Oktober 6,0C, Verkäufer. Tendenz: Ruhig.

— Liverpool, 3. Febr. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Ruhig.

— Amerikanische mittlere Lieferungen: Stetig. Per Jan. —.—, per Febr.-März 6,51, per März-April 6,60, per April-Mai 6,59, per Mai-Juni 6,58, per Juni-Juli 6,56, per Juli-August 6,58, per August-September 6,43, per Septbr.-Oktober 6,28, per Oktober-November 6,19, per November-Dezember 6,17.

Metalle.

— Amsterdam, 3. Februar. Bancazinn schwach, loko 136½.

— London, 3. Febr. Blei, span., 16⅝ Lstrl., engl. 16½ Lstrl., Zinn 224¾ Lstrl., Zink 26 Lstrl., Chili-Kupfer 66⅞ Lstrl., 3 Monate 68⅝ Lstrl.

— Glasgow, 3. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen flau. Middlesborough Warrants per Kasse 65 sh. 2 d.

Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— Leipzig, 3. Februar. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. (Amtlicher Bericht). Auftrieb: 588 Rinder (196 Ochsen, 100 Bullen, 33 Kalben, 225 Kühe, 4 Fresser (gering genährtes Jungvieh), 277 Kälber, 480 Schafe, 2909 Schweine; zusammen 4224 Tiere. Preise: Ochsen: I. 91—95, II. 85—90, III. 78—84, IV. 70—77, V. —.— ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. Bullen: I. 83—85, II. 80—82, III. 77—79, VI. 74—76, V. —.— ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. Kalben und Kühe: I. 88—90, II. 82—85, III. 77—81, IV. 72—76, V. 65—71 ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. Fresser (gering genährtes Jungvieh) 72—75 ℳ. Kälber: I. —.—, II. 64-68, III. 58—63, IV. 50—57, V. —.—— ℳ für 50 kg Lebendgewicht. Schafe: I. 47—48, II. 44—46, III. 38—43, IV. —.——, V. — ℳ für 50 kg Lebendgewicht. Schweine: I. 78—79, II. 78—80, III. 76—78, IV. 73—75, V. 68—72 ℳ für 50 kg Schlachtgewicht. — Ueberstand: 66 Rinder, davon 36 Ochsen, 5 Bullen, 24 Kühe, 1 Kalben, — Kälber, 20 Schafe, 173 Schweine. — Geschäftsgang: Rinder, schlecht, Kälber mittelmäßig, Schafe gut, Schweine langsam.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 3. Februar. Roter Winter-Weizen loko 111, per Mai 99⅝, per Juli 97½, per Sept. 95½, per Dezbr. —.— Mais per Mai —.—, per Juli —.—, per Sept. —.—. Mehl 3,85. Getreidefracht nach Liverpool 3½.

W. Chicago, 3. Februar. Weizen per Mai 93½, per Juli 91, per Sept. 89¾. Mais, per Mai 52⅞, per Juli 53¼, per Sept. 54½.

W. New-York, 3. Febr. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia —.—, do. in Refined Cases 10,80, do. Credit Balances at Oil City 2,40. Kupfer 15,25.

W. New-York, 3. Februar. Schmalz Westernsteam 10,50, Rohe und Brothers 10,85.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straßfurt 2. Febr. + 1.60, 3. Febr. + 2.20. Grochlitz + 1,62, + 1.94. Nebra Obp. + 2.26, + 2.37. Nebra Unty. + 1.94, + 2.14. Bruckenb. + —, + —. Kösen + 0.60, + 1.10. Weißenfels Unty. + 0,88, + 1,02. Trotha + 2.30, + 2.42. Alsleben + 1.85, + 1.98. Bernburg + 1.55, + 1.72. Calbe Obp. + 2.08, + 1.80. Calbe Utp. + 1.40, + 1.56 Gritzehne + 1.35, + 1.59.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: Fritz Müller; für Provinz und Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches: Heinrich Miesitschner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. Saale.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) 5720 Filiale Halle a. S. Alte Promenade 8, gegenüber d. Stadttheater. Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191302042-12/fragment/page=0003

Die Rubrik in Curshschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan., 1 Apr., 1 Mai, 1 Juli, 1 Aug., 1 Okt. 1.1.7. 1.4.10. 1.5.11. 1.8.12. 1.2.8. 1.5.11. 1.8.11. 1.2.8. 1.5.11. 1.8.11. 1.2.8. 1.5.11. 1.8.11